

Offener Brief zur angekündigten Reform der Lehramtsprüfungsordnung II

An den Sächsischen Staatsminister für Kultus Conrad Clemens und den Präsidenten des Landesamts für Schule und Bildung (LaSuB) Patrick Schreiber

17. August 2026

Sehr geehrter Herr Clemens,
Sehr geehrter Herr Schreiber,

neues Schuljahr, neue Klasse und ein neuer, Offener Brief, in dem Referendar*innen die steigenden Arbeitsanforderungen, fehlende Transparenz und fortlaufenden schlechteren Arbeitsbedingungen kritisieren.

Können Sie sich noch an den Brief von Oktober 2025 erinnern, in dem Lehrkräfte in Ausbildung um einen Dialog für mehr Transparenz im Einstellungsverfahren baten?

Oder den Brief aus Februar 2026, in dem die kurzfristige Absage des Anwärtersonderzuschlags kritisiert wurde?

Statt einer Antwort auf unsere Briefe haben wir Referendar*innen kürzlich eine weitere unerfreuliche Nachricht erhalten: **12 statt 14 Wochenstunden selbstständiger Unterricht, ohne, dass die Besoldung erhöht wird.**

Diese zwei Unterrichtsstunden bedeuten ebenso eine Erhöhung der Vor- und Nachbereitungszeit, die bei solchen Rechnungen *als Arbeitsbelastung* oft vergessen wird. Ebenso vergessen wird der Workload im Referendariat, der Prüfungsleistungen gemäß der LAPO II in Form von Unterrichtsbesuchen, ausführlichen Unterrichtsentwürfen sowie Praxisaufgaben umfasst.

Zu dieser unerfreulichen Nachricht kommt ein Verhalten des SMK welches einfach nur noch als dreist erscheint. Die Ankündigung der Stundenerhöhung erfolgt durch einen Schulleiterbrief eine Woche vor den Sommerferien. Mehr als das erschien an Kommunikation nicht nötig und die Ausbildungsstätten waren in den Prozess der Veränderung der LAPO II nicht eingebunden. In der Vorbereitungswoche, fehlte immer noch jegliche rechtliche Grundlage in Form der LAPO II - ein kommunikatives Desaster.

Wir absolvieren eine Vollzeitausbildung und werden im Vergleich zu Beschäftigten bereits unter Mindestlohn besoldet. Jetzt verschlechtert sich unsere Vergütung auf die Wochenarbeitszeit bezogen nochmals:

Zwei zusätzliche Unterrichtsstunden bedeuten eine prozentuale Erhöhung von ca. 8,6 % Unterrichtsstunden in der Woche und würden eine Erhöhung der Bezüge ungefähr um 200€ im Monat ausmachen.

Dabei zeigt bereits eine Umfrage unter Lehrkräften in Ausbildung am Standort Leipzig im Schuljahr 2025/26, dass zwei Drittel der Befragten sich (sehr) gestresst fühlen — ein Zustand, der sich durch die Erhöhung der Arbeitszeit verschlechtern wird.

Des Weiteren äußern sich viele angehende Lehrkräfte in der Umfrage besorgt um den Standort Sachsen. Nicht nur besteht eine Zukunftsunsicherheit mit Blick auf die Verbeamtungspolitik, den Abbau von Schulsozialarbeit und von pädagogischen Fachkräften sowie die intransparente Kommunikation des Landesamts für Schule und Bildung. Zukünftige Lehrkräfte sehen am Standort Sachsen auch aufgrund der hohen Wahlergebnisse der AfD keine Zukunft, denn diese bedeuten Demokratiegefährdung, Abänderung von Lehrinhalten und Abbau von Inklusion.

Um die Lehrkräfteausbildung zu stärken und unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern, fordern wir:

- 12 statt 14 selbstständige Unterrichtsstunden.
- Mehr Geld für mehr Arbeit. Das bedeutet konkret die Erhöhung unserer Bezüge um 200€ im Monat, wenn es bei 14 selbstständigen Unterrichtsstunden bleibt.
- Keine verpflichtenden Hospitationsstunden ab dem 2. Halbjahr.
- Eine deutliche Verschlankung der schriftlichen Unterrichtsentwürfe. Denn die gestiegene Unterrichtsverpflichtung muss durch eine Reduzierung bürokratischer Anforderungen begleitet werden. Unterrichtsqualität entsteht im Klassenzimmer und in der fachlichen Auseinandersetzung mit Unterricht, nicht durch den Umfang schriftlicher Ausarbeitungen.
- Eine Abschaffung verpflichtender Praxisaufgaben. Zusätzliche Aufgaben führen zu einer weiteren Verdichtung einer ohnehin anspruchsvollen Ausbildungsphase und verschärfen die Belastungssituation vieler Referendar*innen.
- Einen unterrichts- und seminarfreien Vorbereitungstag vor Prüfungen und Unterrichtsbesuchen. Wer hohe Erwartungen an die Qualität dieser Leistungsnachweise stellt, muss zugleich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine angemessene Vorbereitung möglich ist.
- Dass unterrichtsfreie Tage konsequent auch als ausbildungsfreie Tage anerkannt werden. Brückentage dürfen nicht durch verpflichtende Ausbildungsveranstaltungen oder zusätzliche Termine entwertet werden.

Durch Ihr gekonntes Ignorieren der vorangegangenen Offenen Briefe, wächst eine Generation an Lehrkräften heran, die lernt: Mit Ihnen ist kein Dialog möglich! Wir und unsere Interessen werden nicht einbezogen, wir dürfen nicht partizipieren. Das zeigt, dass das Wohl von (jungen) Lehrkräften in Sachsen für das Staatsministerium für Kultus und das Landesamt für Schule und Bildung keine Priorität hat.

Was vermittelt dieses Verhalten den Lehrkräften, die in der Demokratiebildung an der vordersten Front stehen und dabei zusehends durch rechtsextreme Akteure unter Druck geraten?

Wir sehen die Gefahr, dass unsere Erfahrungen und unsere Arbeitsbedingungen dazu führen, dass sich immer weniger junge Menschen langfristig für den Beruf der Lehrkraft entscheiden und dass weniger Lehramtsstudierende das Referendariat überhaupt erst antreten.

Denken Sie nicht, Sie müssten uns etwas bieten, anstatt schlechtere Bedingungen zu kreieren? Unsere Empfehlung an Sie lautet deshalb klar:

Verbessern Sie endlich unsere Arbeitsbedingungen und akzeptieren Sie unsere Forderungen, sonst werden Sie den Lehrer*innenmangel mit uns nicht beheben können.

Wir wollen keine Offenen Briefe mehr schreiben, aber wir sind offen für Mitgestaltung.

Mit freundlichen Grüßen

ehemalige wie aktuelle Lehramtsanwärter*innen